

## Kofler &amp; Karriere

## Eine Überdosis Charisma ist gefährlich

In all dem Trump-Getöse ist es fast untergegangen. Pierin Vincenz verschwindet endgültig von der Wirtschaftsbühne. Mit seinem Austritt aus dem Verwaltungsrat der Repower gibt er sein letztes gewichtiges Mandat ab. Und ich muss eine Fehleinschätzung gestehen. Als er Ende 2015 bei Raiffeisen als Chef aufhörte und seine Verwaltungsratskarriere startete, lobte ich ihn in einer Story. Vincenz habe den perfekten Abgang hingelegt. Einen, wie ihn sich alle Topmanager wünschen.

Nun hat er es doch noch vermasselt. Vincenz' Rücktritt beim Energieunternehmen Repower sei für alle Parteien eine «Erleichterung», schrieb die NZZ. Etwas Schlimmeres kann einem Wirtschaftsführer nicht passieren. Ähnlich hatte es getönt, als er sein Ausscheiden bei Leonteq und Helvetia bekannt gegeben hatte. Das Genick gebrochen hat ihm ein Verfahren der Finanzmarktaufsicht, das inzwischen eingestellt wurde. Es hat ihn aber zu den raschen Rücktritten gezwungen: Er war zum Reputationsrisiko geworden.

Das ist tragisch. Denn Pierin Vincenz hatte das, wonach alle lechzen bei Führungskräften: Charisma. Er war einnehmend, meinungsstark und eloquent. Forscher der Universität Gent haben indes herausgefunden, dass Chefs mit übermässigem Charisma unter Umständen gefährlich sind. Das Selbstvertrauen könne in Narzissmus münden und Überzeugungskraft in «manipulatives Verhalten». Für solche Typen sei ein Coaching hilfreich, um die «Eigenwahrnehmung» zu verbessern. Zudem sei kritisches Feedback von Kollegen wünschenswert. Doch Kritik hören Chefs, wie sie Pierin Vincenz verkörperte, aus meiner Erfahrung viel zu wenig. Jetzt ist es zu spät. Mitleid muss man keines haben. Aber fehlen wird er mir trotzdem ein bisschen.



Karin Kofler,  
Autorin  
Wirtschaft

Haben Sie ein Problem im Büro, schreiben Sie an [karin.kofler@sonntagszeitung.ch](mailto:karin.kofler@sonntagszeitung.ch)

## UBS und CS im Fokus neuer US-Rechtsfälle

Zürich Der UBS droht eine Strafe der US-Derivateaufsicht. Die Bank soll wegen angeblicher Manipulationen an den amerikanischen Terminkontrakten über 10 Millionen Dollar bezahlen müssen, so die Agentur Reuters. Die zweite Schweizer Grossbank, Credit Suisse, wird im Zusammenhang mit einer Klage der US-Börsenaufsicht gegen Händler genannt. Es gehe um verdächtige Handelsgeschäfte vor Bekanntgabe des Kaufs der US-Firma Bioverativ durch Sanofi, meldet Reuters. Die CS sei bei den Transaktionen involviert gewesen. (eb)

# Beschwerde gegen Palmöl-Label von Migros und Coop

Zum ersten Mal in der Geschichte der OECD wird eine Label-Organisation verklagt. Der Vorwurf: Sie unternehme nichts gegen den Landraub in Indonesien

Mark Baer

Bern Beim Nationalen Kontaktpunkt der Schweiz ist diese Woche dicke Post aus Asien eingetroffen. Mehrere indonesische Non-Profit-Organisationen rügen in einem Beschwerdeschreiben den «Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl» (Roundtable on Sustainable Palm Oil, RSPO). Der Vorwurf: Die Label-Organisation tue nichts gegen den malaysischen Mischkonzern Sime Darby, der das Land von indonesischen Ureinwohnern geraubt habe. Laut der Beschwerde hat ein Tochterunternehmen von Sime Darby auf Land, das der indigenen Bevölkerung auf der Insel Borneo entwendet worden sei, neue Palmölplantagen aufgezo-gen. Sime Darby ist ein Gründungsmitglied von RSPO.

Der Nationale Kontaktpunkt ist beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) angesiedelt und wacht darüber, ob multinationale Firmen die Leitsätze für verantwortungsvolle Unternehmensführung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einhalten. Wer sich über eine Firma mit Sitz in der Schweiz beschweren will, kann sich an die Stelle wenden. Diese kann ein Vermittlungsverfahren einleiten. Die Beschwerde gegen das Label-Unternehmen RSPO wurde in der Schweiz eingereicht, weil Zürich der rechtliche Sitz der Organisation ist.

Der Runde Tisch für nachhaltiges Palmöl wurde 2004 in Zürich vom WWF, dem malaysischen Palmölverband, der Migros, Unilever und dem internationalen Pflanzenölverarbeiter AAK gegründet. Heute zählt das freiwillige Regelwerk bereits 3659 Mitglieder. Drei Viertel davon sind Verarbeiter und Grossverteiler. Das Ziel des Labels war, nachhaltige Methoden für den Anbau von Ölpalmen zum Standard zu machen. Die Vereinigung wollte so Mensch und Umwelt schützen, denn Palmöl steckt heute etwa in jedem sechsten Produkt – vor allem in Kosmetika, Nahrungs- und Reinigungsmitteln.

Um die steigende Nachfrage zu decken, zerstört die Industrie immer grössere Regenwaldgebiete, Buschland und Torfmoore. Laut einer Studie des Online-Produktatgebers Codecheck wird für Ölpalmenplantagen in Asien stündlich Land in Grösse von 300 Fussballfeldern gerodet. Immer mehr Menschen vor allem in Malaysia und Indonesien verlieren so ihre Lebensgrundlage.

**Die Organisation setze ihre eigenen Standards nicht um, heisst es**

Jetzt setzen sich die Betroffenen mithilfe von Non-Profit-Organisationen aber zur Wehr. Ins Visier gerät ausgerechnet die Vereinigung, die sich selber Nachhaltigkeit auf die Fahne geschrieben hat. Das Seco bestätigt die Beschwerde: «Wir haben am 25. Januar eine schriftliche Eingabe betreffend RSPO erhalten», sagt Sprecherin Isabel Herkommen. Es sei zum ersten Mal, dass der Nationale Kontaktpunkt der Schweiz eine Beschwerde gegen eine Label-Organisation erhalten habe. «Es ist uns auch keine derartige Eingabe bei einem der anderen 46 Nationalen Kontaktpunkte bekannt.»

Falls der Nationale Kontaktpunkt auf die Beschwerde eintritt, würde das Seco versuchen, zwischen den Streitparteien zu vermitteln, um eine einvernehmliche Lösung des Konflikts zu erreichen. Einfach dürfte dies aber nicht werden. Laut RSPO gab es im Streit nämlich bereits einmal eine Mediation, die aber zu keinem Ergebnis führte.



Palmölernte in Indonesien: Beim nachhaltigen Anbau fehlten seriöse Kontrollen, lautet einer der Kritikpunkte Foto: Chris de Bode/Laif

«Die Beschwerde zeigt einmal mehr, dass der RSPO seine eigenen Standards nicht umsetzt», kommentiert Miges Baumann von der Entwicklungshilforganisation Brot für alle. Auch für Greenpeace ist RSPO keine Lösung. Die Standards seien nicht streng genug, würden Lücken aufweisen, und RSPO sei von der Industrie dominiert. Auch würden beim Runden Tisch für nachhaltiges Palmöl seriöse und unabhängige Kontrollmechanismen fehlen, weshalb sich die Industrie paradoxerweise selber kontrolliere.

Für den WWF ist RSPO noch immer unterstützenswert, da weltweit 80 Prozent des Palmöls konventionell produziert würden. So gesehen, sei das Label ein klarer Fortschritt. Dass RSPO aber die Regenwaldabholzung und Zerstörung von Torfmooren zulässt, scheint dessen Gründungsmitglieder nicht zu

stören. Die Migros bewirbt ihr «nachhaltiges» Palmöl. Alexandra Kunz vom Migros-Genossenschaftsbund betont, dass die Herkunft des Palmöls bei der RSPO-Zertifizierung jährlich extern kontrolliert würde. Der Detailhändler Coop, der seit 2004 Mitglied des RSPO ist, zeigt sich etwas einsichtiger: «Falls die Vorwürfe aus Indonesien stimmen, erwartet Coop, dass RSPO Massnahmen ergreift», sagt Sprecherin Andrea Bergmann.

**Palmöl soll nicht unter das neue Freihandelsabkommen fallen**

Bereits abgewendet von der Label-Organisation hat sich die Schweizer Stiftung Paneco, die sich für den Schutz des Regenwaldes in Indonesien einsetzt. Paneco ist im Frühling 2016 als erste Non-Profit-Organisation beim Runden Tisch ausgestiegen. «Es hat bei RSPO

jahrelang praktisch keine Verbesserungen gegeben», sagt Irena Wettstein von Paneco. RSPO-zertifiziertes Palmöl sei «nicht nachhaltig». Wettstein spricht sogar von «Etikettenschwindel».

Am Donnerstag wird Bundesrat Johann Schneider-Ammann einen offenen Brief vom Schweizer Bauernverband und von Non-Profit-Organisationen wie Brot für alle, Pro Natura oder Paneco erhalten. Die Unterzeichner des Briefes fordern den Wirtschaftsminister darin auf, die Erwähnung von Palmöl im bald fertig verhandelten Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz, Indonesien und Malaysia zu streichen. Dies, weil «jedes Signal für eine erhöhte Nachfrage nach Palmöl zu weiterem Landraub, zu Vertreibungen und Umweltzerstörungen führt», wie der Leiter Entwicklungspolitik bei Brot für alle, Miges Baumann, sagt.